

# Beilage zu Nummer 214 der Volksstimme.

Dienstag den 12. September 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 12. September 1916.

### Ein Wort zur Verständigung im Pressekonflikt.

Wenn man den nun schon zwei Jahre tobenden Streit im hiesigen Agitationsbezirk um die „Volksstimme“ ruhig betrachtet, muß man wirklich sagen: „Es ist schwer, seine Satire zu schreiben.“

So auch der unwissendste Arbeiter einsieht, daß nach dem die Arbeiterklasse politisch wie wirtschaftlich einen recht heftigen Kampf zu führen hat, und mithin die sozialdemokratische Presse um so nötiger ist, bemühen sich einzelne Genossen, dem Organ des Bezirks nicht allein Schwierigkeiten zu machen, wenn es in ihrer Macht stünde, daselbe sogar dem Untergang zu weihen.

Auf beiden Seiten hat man sich auf gewisse Forderungen geeinigt, und doch kann man erleben, daß wenn man ganz elementare und seit Jahren in der Organisationsarbeit recht allgemein bekannte Forderungen stellt, die die Parteien trennen und eine Verständigung unmöglich machen, bleiben sie eine klare Antwort schuldig. Die Hauptführer haben wie drüben aber wissen nichts anderes zur Verständigung ihrer Unversöhnlichkeit vorzubringen, als die Behauptung, daß ihnen ihre Rechte genommen werden sollen.

Was liegt angeht dieser verfahrenen Situation näher, der Veraleich dieses Kampfes mit dem tobenden Weltkrieg? Die Parteien, will den Streit begonnen haben, jede behauptet, sich etwas zu vergeben, die Hand zum Frieden zu strecken. Und die Folgen? Der aus dem Kampf entstehende Schaden wird immer größer, und wenn wirklich Frankfurt auch die ländlichen Kreise noch den Sieg davontragen, so dem Unterlegenen die Bedingungen des Friedens, die lebensdiktieren können, wird der Sieger ausreden: „Noch einen solchen Sieg und ich bin verloren!“

Die Verwirrung, die durch diesen unheiligen Streit in den Organisationen getragen wurde, wieder zu beseitigen, die verarmten Abonnenten, die zum Teil der Generalanzeigerpreise untergekommen sind, wieder zu gewinnen, wird sehr, sehr schwer fallen. In einer Konferenz im hiesigen Kreis schilderte kürzlich eine tätige Genossin in bewegten Worten die jahrelange, mühselige Werbearbeit für die „Volksstimme“ und wie sie in Vergleich zu der Tatsache, daß jetzt, wo ein großer Teil der Männer, die das Blatt mit auf die Höhe gebracht haben, draußen im Felde steht, offen oder versteckt der in höchstzulänglicher Arbeit geschaffene Bau niederzureißen verurteilt wird.

Angeht dieser traurigen Tatsache ist es erfreulich, daß die Kreise Wiesbadens das Verantwortlichkeitsgefühl zu einer Verständigung drängt, daß man dort erneut den Frankfurter Genossen die Hand zum Frieden bietet. Es ist bedauerlich, daß durch die Krise in der Partei die übergeordneten Instanzen ihrer Organisation nicht die Autorität, wohl auch nicht den Willen besitzen, vermittelnd einzugreifen, um so mehr, als es anerkannt werden muß, daß von einer Seite der direkt Beteiligten das Opfer gebracht, und eine Verständigung angestrebt wird.

Angeht dieses Unfandes erachte ich es aber auch für die Pflicht der Frankfurter Parteinstanzen, daß diese nun nach dem Grundsatz: „Divide et impera“ (Teile und herrsche) zu handeln sucht, sondern es auch den anderen Kreisen möglichst erleichtern, in gleicher Weise wie die Wiesbadener eine Einigung näher zu kommen. Ueber die Verteilung der Gesellschaften auf die Organisationen bzw. Kreise — 4 und 1 — ließe sich sicher eine Einigung erzielen, auch die Ordnung der Zuständigkeit der Gesellschaft und der Preiskommission dürfte keine so großen Schwierigkeiten bereiten. Das schwerste ist die von den Frankfurtern verlangte Zweifelhaftheit für gewisse Beisitzler der Preiskommission, die Forderung, die nach den Wünschen der ländlichen Kreise einen Bruch mit der Demokratie darstellt. Sollte diese Forderung nicht auch umschifft werden können? In einigen Mitteilungsveranstaltungen unseres Kreises ist von einfachen Arbeitern bei Erörterung dieser Frage wiederholt das Wort gefallen: „Wo der Wille ist, da ist auch ein Weg“ und einer der Herren ergänzte diesen Satz dahin, daß wenn die verantwortlichen Männer nicht in der Lage sind, diesen Weg zu finden, sie mit ihrer vollständigen Unfähigkeit als Organisatoren bezeichnen. Ich sage auch: Die letzte Schwierigkeit kann, nein, sie muß überwunden werden. Ohne das Erfordernis einer Dreier-Mehrheit festzusetzen, können Kontenlisten geschaltet werden, die gewissen wichtigen Fragen eine besondere Prüfung sichern und überflüssige Beschlüsse und damit Aufwandschancen so gut wie ausschließen. Eine rücksichtslose Unterordnung großer Minoritäten soll auch nach meiner Ansicht unterbleiben, insbesondere in unserem Bezirk, wo ein gedeihliches Zusammenarbeiten der großen Kreise die Voraussetzung des Fortschrittes ist.

Es liegt in nun in der menschlichen Natur, daß niemand einen einmal gefassten Entschluß ändert, namentlich dann nicht, wenn man, wie im vorliegenden Fall, die Ansicht schon zwei Jahre unausgesetzt öffentlich geradezu mit Fanatismus vertreten hat. Insbesondere wir Sozialdemokraten sind ja auf unsere Grundabstimmbarkeit.

Da fällt mir das Verschen Kefes ein, das Genosse Seinhart Schulz in seinem Artikel: „Vom Persönlichen zum Sachlichen“ der letzten „Neuen Zeit“ attiert:

Wer heute Läger ist als gestern und dies mit offener Stirn bekennt, den werden die Niedermänner lästern und sagen, er sei inkonsequent.

Wird ich aber nun nicht haben möchte, daß verdienstvolle Genossen, die sich in den letzten beiden Jahren in dem Pressekonflikt so unermüdet festhalten haben, jetzt nun von den Niedermännern — gelästert werden, möchte ich folgenden Rat zu einer Verständigung machen: Es wird eine neue Preiskommission ernannt — 4 Genossen aus Frankfurt, je einer aus den Kreisen Höchst, Genua, Wiesbaden, Friedberg, und soll den Kreisen empfohlen werden, zunächst nur solche Genossen zu bestimmen, die noch nicht bei den früheren Verhandlungen mitgewirkt haben.

Diese acht Mann sollen sich als Vorstehenden einen, im Streitungsweisen der Partei besonders erfahrenen auswärtigen

Genossen — man gestatte mir einmal einen Vorschlag, z. B. den Genossen Adolf Braun-Nürnberg — wählen. Ich habe die feste Überzeugung, daß eine solche Schlichtungskommission bei erneuter Prüfung der Sachlage einen Weg der Verständigung finden wird.

Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen — auch letztere werden jetzt von dem Streit in Mitleidenschaft gezogen —, und darüber hinaus die Sportvereine, die Arbeiterjugend, die Bildungsausschüsse und wohl auch die Genossenschaften des Bezirks würden eine Lösung dieser so schwierigen Frage sicher mit Freuden begrüßen.

S. Höchst (Main), den 11. September 1916.

Anton Walter.

**Monatsversammlung der Buchdrucker.** Am Samstag tagte im Gewerkschaftsraum eine gut besuchte Versammlung des Ortsvereins Wiesbaden des Deutschen Buchdruckerverbandes. Unter geschäftliche Mitteilungen gab der Vorsitzende Vachert bekannt, daß das Tarifamt zu der Tarifverlängerung und Bewilligung von Teuerungszulagen Stellung genommen hat. Als Richtlinien zu den zu gewährenden Teuerungszulagen sollen zu den bestehenden Tarifföhnen mindestens 10 Prozent Lohnaufschlag gezahlt werden. Einige Geschäftsleute jedoch weniger als 10 Prozent, während einzelne Prinzipale überhaupt die Zahlung einer Kriegsteuerungszulage ablehnen. Die Gehilfen werden ersucht, mit Nachdruck auf Zahlung der Teuerungszulagen zu drängen. Der Vorstand wird ebenfalls ersucht, bei den betreffenden Geschäftsleuten wegen dieser Frage nochmals vorstellig zu werden. — Der Massenbestand des Ortsvereins ist ein günstiger und hat den Vorstand veranlaßt, zu beschließen, in der nächsten Zeit wieder eine Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer zur Auszahlung zu bringen. Um die Auszahlung der Unterstützung jedoch zu ermöglichen, zahlen die Mitglieder einen Extrabeitrag von 50 Pfennig pro Woche. In einer Zeit der außerordentlichen Teuerung ist dieser Akt der Solidarität der dabei gebliebenen Mitglieder des Buchdruckerverbandes hoch zu bewerten und nicht wohlwollend ab von dem Verhalten derjenigen Prinzipale, welche sich weigern, die minimale Teuerungszulage an ihre Gehilfen zu bezahlen. — So dann hielt der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Otto Soele, einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften während und nach dem Kriege“, der mit Beifall aufgenommen wurde.

**Kein Stiller vor dem 1. Oktober.** Durch Bestimmung vom 9. September 1916 verbietet die Reichsstelle für Obst und Gemüse das Kellern in den Gewerbebetrieben bis zum 1. Oktober 1916. Dabei macht es keinen Unterschied, ob das Kellern zum Zweck der Herstellung von Apfelwein oder alkoholfreiem Saft erfolgt. Die Verwendung von Äpfeln, Birnen, Apfelmehl und Obstresten in Gewerbebetrieben zur Branntweinherstellung ist ganz verboten.

**Die verwechselte Arzneiflasche.** Als während einer der letzten Nächte das ein Jahr alte Kind einer in Wiesbaden wohnenden Frau hustete, griff die Mutter in die Hausapotheke, um sogenannte Sustentropfen herauszuholen. Kurz vorher war die Flasche, welche Opium enthielt, zerbrochen, und man hatte den Inhalt in eine andere Flasche umgefüllt, die sich nicht von den übrigen Flaschen unterschied. In dem durch eine brennende Straßenlaterne in dem Zimmer hervorgerufenen Halbdunkel verwechselte die Mutter nun die beiden Flaschen. Sie reichte dem Kind statt Sustentropfen, Opium, und bemerkte ihr Versehen erst, als das Kind nach kurzer Zeit zu röcheln begann. Das kleine Kind starb leider kurz nach seiner Überführung ins städtische Krankenhaus.

## Aus dem Kreise Wiesbaden.

**Schierstein, 12. Sept.** (Gelande) wurde am 7. September in den Kribsen eine Leiche weiblichen Geschlechts, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß. Die Leiche ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, braune Augen, Nase, Mund und Ohren gewöhnlich, Zähne vollständig. Sie trug am linken Ringfinger einen goldenen Ring mit zwei roten Steinen. Ein dritter Stein fehlt. Die Kleidung besteht aus rot und schwarz gestreifter Bluse, schwarzem Leibgürtel, graubraunem Rock, weiß und schwarz gestreiftem Unterrock, weißem Korsett, rot eingefasht, weißem Hemd, gezeichnet „A. M.“, schwarzen Strümpfen und braunen Schuhen.

**Hallgarten, 12. Sept.** (Der Wilddieb), der den Förster Orloff von Hallgarten im hiesigen Walde erschossen hat, ist in der Person des Fabrikarbeiters Kopp aus Oestrich ermittelt worden. Kopp hat die Tat bereits zugegeben.

## Aus den umliegenden Kreisen.

**Höchst a. M., 12. Sept.** (Kartoffelverfälschung.) Diejenigen Einwohner von Höchst a. M., die ihren Winterbedarf an Kartoffeln selbst einfeuern wollen, müssen einen Schein ausfüllen und diesen Freitag oder Samstag dem Obmann der Preiskommission zur Prüfung ausbändigen. Die Scheine werden von morgen, Mittwoch, nachmittag ab auf dem Rathause ausgegeben. Diejenigen, für welche der Konsumverein oder die Kohlenkasse die Versorgung übernommen hat, müssen das auf dem Scheine besonders vermerken.

**Sindlingen, 12. Sept.** (Zur Eingemeindung.) Aus dem von der Gemeindevertretung beschlossenen Eingemeindungsvertrage wird jetzt folgendes bekannt: Vergünstigung der Schüler bei Besuch der höheren Schulen wie den Höchsten; Bau einer elektrischen Bahn; Anlage eines Parkes für einen vorhandenen Fonds von 30 000 Mark; öffentliche Bedürfnisanstalten; Befolgung der Gemeindebeamten und Lehrer; Aufhebung der geistlichen Schulinspektion; eventl. Verkauf oder Umtausch des hiesigen Waldes bei Eupstein usw.; Standesamt und Steuerbehörde bleiben am Ort.

**Genua, 11. Sept.** (Neuregelung der Fettabgabe.) Wie aus der Bekanntmachung des Magistrats vom 7. September 1916 hervorgeht, werden in Zukunft für die Periode ebenso wie bei den Fettmarken 2 Fettmarken ausgegeben, von denen die eine nur Gültigkeit in der ersten Woche und die andere nur Gültigkeit in der zweiten Woche der Periode hat. Gleichzeitig wird die für eine Marke zu veranschlagende Menge an Speisefett vorläufig von

50 auf 40 Gramm herabgesetzt. Beide Maßregeln sind, wie wir hören, getroffen worden, um jeder Haushaltung die Möglichkeit zu geben, im Laufe einer Woche die ihr auf Grund der Marken zustehende Menge an Fett auch tatsächlich kaufen zu können. Rücksicht auf die geringen Mengen an Speisefett, welche der Stadt wöchentlich über den Butter überwiefen werden, ist es nicht mehr möglich, die bisher auf die Marken für 14 Tage ausgegebene Menge von 100 Gramm auch ferner noch zu veranschlagen. Ebenso ist es nicht durchführbar, in der ersten Woche der Periode den Haushaltungen gleich die gesamte ihnen für 14 Tage zustehende Menge an Speisefett zu verkaufen, da, wie gesagt, der Stadt stets nur für eine Woche Speisefett überwiefen wird.

**Genua, 11. Sept.** (Vom Arbeitsmarkt.) Gesucht werden nach hier: 1 junger Gartenarbeiter, 1 Landw. Arbeiter, 1 Silberarbeiter, 1 Silberarbeiter, mehrere Metallmacher, 1 Spengler, 1 Installateur, 1 Eisenbrecher, einige Glaserarbeiter, 1 Gußhauer, 2 Mechaniker, 1 Maschinenschlosser, 1 Elektrotechniker, mehrere Möbelschreiner, 1 Kistenmacher, 1 Küfer, 2 Schneider, 3 Schuhmacher, 1 Friseur, 2 Weißbinder, 2 Geiger, mehrere Fabrikarbeiter, mehrere Güterbodenarbeiter, 1 Hausburche, der Gartenarbeit versteht, 1 Hausburche in Wartenhaus, einige Hilfsarbeiter und Baugelöhner, 2 Dachbederhelfer, einige ständige Tagelöhner und Hofarbeiter, 1 Bijouterielehrling, 1 Kettenmacherlehrling, 3 Schneiderlehrlinge, 1 Etuismacherlehrling, 2 Gürtlerlehrlinge, 1 Metallschleiferlehrling, 1 Kettenmacherlehrling, einige Mädchen für leichte Arbeit, einige Polierinnen, 3 Monatsfrauen, 1 Haushälterin und 6 Dienstmädchen.

**Friedberg, 12. Sept.** (Unglaubliche Steigerung.) Wie unvernünftig oftmals bei Versteigerungen geboten wird, zeigte die am vergangenen Freitag vorgenommene Versteigerung der städtischen Zweifelhäuser. Es wurden durchschnittlich solche Preise geboten, daß sich der Rentner auf dem Baum 9 bis 10 Mark stellt, während der Höchstpreis, gebrochen und auf den Markt geliefert, 6 Mark betragen soll.

**Main, 11. Sept.** (Tagung der J. G. G.) In hiesigen Stadthaus tagten heute die süddeutschen Bezirkszentralen der Zentral-Einkaufsgesellschaft, an der Vertreter der bayerischen und hessischen Regierung, Provinzialdirektor Pest und Vertreter der Bezirkszentralen Stuttgart, München, Bamberg, Mannheim, Straßburg, Reg., Frankfurt a. M. und Mainz teilnahmen. Zur Beratung standen organisatorische Vorschläge zur Ernährungsfrage. Die nächste Tagung findet in Frankfurt a. M. statt.

**Darmstadt, 12. Sept.** (Was bedeutet dieser Antrag?) Der Abgeordnete Dorsch hat in der hessischen zweiten Kammer wegen der Kartoffel- und Viehpreise folgenden Antrag gestellt:

„Ist Großherzogliche Regierung in der Lage und bereit Mitteilung darüber zu machen, warum die Kartoffel- und Viehpreise in Preußen merklich höher sind als im Großherzogtum Hessen?“

Welche Bedeutung dieser Antrag hat, werden die nächsten Verhandlungen in der zweiten Kammer lehren.

**Mudersbach, 11. Sept.** (Brand.) In der Stallung und Scheuer des Landwirts und Fuhrunternehmers Friedrich Renhof brach ein Brand aus, dem ein großer Teil der bereits geborgenen Ernte zum Opfer fiel. Auch ein Kalf kam in den Flammen um. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

## Aus Frankfurt a. M.

### Die Lebensmittelversorgung in Frankfurt a. M.

Zu der heute abend in der Stadtverordnetenversammlung anberaumten Debatte über die Lebensmittelversorgung hat der Magistrat eine umfangreiche Denkschrift verfaßt, die gestern abend den Stadtverordneten und der Presse zugestellt wurde. Die Denkschrift umfaßt 90 Seiten und behandelt eingehend die Mehl- und Brotversorgung, die Fleischversorgung, die Kartoffelversorgung, die Regelung des Verkehrs von Gemüse und Obst, Fett, Butter, Käse, Eier, Wild, den Einkauf von Kolonialwaren und anderen Lebensmitteln, die Massenverpflegung, Futtermittelversorgung u. a. m. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, daß die Geschäfte des Lebensmittelhandels einen außerordentlichen Umfang angenommen haben. Das geht daraus hervor, daß am 1. September 1916, abgesehen von den 250 ehrenamtlichen Mitgliedern in den Brotkommissionen, bei dem Lebensmittelamt 317 Bureaufräfte beschäftigt werden, darunter 298 während des Krieges angenommene Hilfsbeamte und Hilfsbeamtinnen. Außerdem sind bei der Kartoffelverteilungsstelle zurzeit 98 Arbeiter tätig.

Was die Mehl- und Brotversorgung betrifft, so vollzog sich diese nach den Vorlesungen des Magistrats in den Wintermonaten 1915/16 ohne Schwierigkeiten. Die reichliche Zufuhr von Weizenmehl gestattete, das Mischungsverhältnis beim Schwarzbrot auf 70 Teile Roggenmehl zu 30 Teilen Weizenmehl festzusetzen.

Da erfolgte im Januar 1916 die Anordnung der Regierung, den täglichen Verbrauch an Mehl von 225 Gramm auf 200 Gramm herabzusetzen. Im Gegensatz zu anderen Städten haben wir diesen Winterverbrauch von über 10 Prozent nicht durch Herabsetzung der allgemeinen Proportion, sondern durch verschärfte Kontrolle bei der Verteilung, namentlich bei den Zufasscheinen, und Einschränkung des Verbrauchs in den Wirtschaften erreicht.

Das Ergebnis der Kontrolle war das folgende: Februar zulässiger Verbrauch 23 548 Doppelzentner, wirklicher Verbrauch 23 338 Doppelzentner, März zulässiger Verbrauch 25 172, wirklicher Verbrauch 25 222, April zulässiger Verbrauch 24 360, wirklicher Verbrauch 22 753, Mai zulässiger Verbrauch 25 172, wirklicher Verbrauch 25 824, zusammen zulässiger Verbrauch 98 252 Doppelzentner, wirklicher Verbrauch 98 132 Doppelzentner.

Der Mehlverbrauch konnte aus im Winter eingesparten Reserven gedeckt werden. Ende Mai wurden uns von dem Landesgetreideamt 2996 Doppelzentner und im Juli nochmals 168 Doppelzentner als Sonderzulage für die schwerarbeitende Bevölkerung überwiesen. Dadurch wurden wir in die Lage gesetzt, die Zahl der Zufasscheine wieder wesentlich hinaufzusetzen. Für die Winterperiode 1916/17 wird in der Mehl- und Brotversorgung in Frankfurt keine wesentliche Änderung eintreten.

Auch die Fleischversorgung erachtet der Magistrat bisher als zufriedenstellend. Das System der Kundenlisten und Fleischbezugskarten habe sich im Allgemeinen bewährt; die hervorgetretenen Mängel hoffe er noch beseitigen zu können. Aber im allgemeinen will er an dem eingeführten System festhalten. Bis Ende August konnte bei den Rindermehrgern ein halbes Pfund Rind-, Kalb- oder Hammelfleisch, bei den Schweinemehrgern ein Viertel Pfund Schweinefleisch und ein Viertel Pfund

Wurst verarbeitet werden. Bei den Schweinefleischern konnte infolge der immer kleiner werdenden Zufuhren die Versorgung der Kunden nur in Abständen von mehreren Wochen erfolgen. Da auch die Zufuhren von Mägen im Laufe des Monats August einen starken Rückgang bis auf die Hälfte der sonstigen Menge erlitten, mußte von der letzten Augustwoche an die auf den Kopf abzugebende Einzelmenge, sowohl bei den Schweinefleischern als auch bei den Mägen, auf ein Viertel Pfund zurückgesetzt werden. Diese Maßregel war, wie der Magistrat sagt, zur Erleichterung des Ueberflusses im Hinblick auf die in Aussicht stehende Neuordnung des Fleischverbrauchs durch die Reichsregierung geboten. Bei Abgabe von einem Viertel Pfund aus dem Kopf wird nunmehr im allgemeinen erreicht, daß die Fleischfahnen bei den Fleischhändlern in jeder Woche einmal mit Fleisch versorgt werden können. (77 Red. d. R.)

Im Zusammenhang mit der Fleischversorgung steht die städtische Schweinehaltung. Zurzeit sind im Niederhof die 33 eingerichteten Maststationen mit rund 500 Mastschweinen besetzt. Die weiteren Maststationen sind inzwischen gebaut: a) Stall mit den erforderlichen Nebenanlagen am Mainwiesen hinter dem Schlachthof auf der dort befindlichen großen Ackerflur. Aufnahmeleistung etwa 600 Mastschweine; b) Unterstände mit Futtertische usw. im Stadtwald — Goldener Auen — zur Aufzucht der Waldweide für etwa 500 Mastschweine. Diese beiden Anlagen kommen in etwa drei Wochen in Betrieb. Als 5. Maststation ist noch eine solche an der Nordseite der Radrennbahn am Niederwald geplant — auch für etwa 600 Mastschweine. Nach Anlieferung der Maststationen können somit rund 3000 Schweine zur Mast gehalten werden; das würde bei jährlich etwa 25maligem Umschlag später eine wöchentliche Ablieferung von rund 150 Stück schlachtreifen Schweinen ergeben können. Die ersten werden nächste Woche vom Niederhof zur Ablieferung an den Schlachthof kommen.

Auch die städtische Gänsehaltung ist zur Verbesserung der immer knapper werdenden Fleischversorgung eingerichtet worden. Bis jetzt sind 7000 Gänse zur Mast eingekauft, von welchen etwa 2000 bereits geschlachtet und in einem hiesigen Schlachthaus eingelagert worden sind.

Ein unterfreudliches Kapitel in dem Bericht ist die Kartoffelversorgung.

Durch den Frost im November 1915 wurden 140 Wagenladungen beschädigt. Der dadurch entstandene Schaden beträgt 60 000 Mark. Die unglückliche Preispolitik verursachte im Winter mehrmals Störungen in der Zufuhr. So Ende Dezember, als die Reichskartoffelstelle einzelnen Gemeinden die Gewährung einer sogenannten Geschwindigkeitsprämie von 40 Pfennig für den Zentner gestattete, ohne dem Lebensmittelamt davon Mitteilung zu machen, und wiederum in der zweiten Hälfte Januar, als bei den Landwirten bekannt wurde, daß die Regierung an die Erhöhung der Preismasse ein Aufschlag von 1,25 Mark für den Zentner zugestanden, welcher den Gemeinden zur Hälfte vom Reich und zur Hälfte vom Staat zurückerstattet werden soll, worauf dann die Zufuhr sich wieder hob.

Nach größerer Schere zwischen der Beschaffung der Kartoffeln. Es war zunächst nicht möglich, bei den leitenden Stellen in Kassel und Berlin zu erfahren, was ihre Absicht war. Längere Zeit hieß es, der Handel mit Frühkartoffeln werde freigegeben. Die Stadt versuchte mit verschiedenen Kreisen der Provinz wegen Lieferung zu verhandeln, mußte die Verhandlungen aber auf Anordnung der Provinzial-Kartoffelstelle in Kassel abbrechen. Leider gelang es auch trotz aller Bemühungen nicht, die von der Reichskartoffelstelle zuerst in Aussicht gestellten Bezüge aus Hessen, dem natürlichsten Versorgungsgebiet von Kassel, zu erreichen. Von vier der Stadt schließlich von der Provinzialstelle zugewiesenen Kreisen der Provinz erklärten drei sofort überhaupt keine Frühkartoffeln liefern zu können. Der vierte, Hann. Land, konnte erst Mitte August beginnen. Als Hauptbezugsstelle wurde uns Schlesien mit 82 500 Zentner angewiesen. Wir sandten sofort in Gemeinschaft mit den Städten Kassel und Hann. nach Vereinbarung mit der Provinzial-Kartoffelstelle unseren Beauftragten dorthin, um die Verhandlung mit den liefernden Kreisen zu führen und durch Anstellung von Unteragenten die Abnahme zu organisieren. Im ganzen kamen 21 600 Zentner Frühkartoffeln aus Schlesien, 17 200 Zentner aus Sachsen und 15 300 Zentner aus anderen Gegenden. Viele dieser Kartoffeln waren schon verdorben hier an. Wie viele Wagenladungen verdorben sind, sagt der Bericht nicht; schätzungsweise wird der Schaden auf 200 000 Mark berechnet. „Das Verschulden an dem Verderben unerklärlicher Natur und dem großen die Städte treffenden Verlust muß in erster Linie den Dispositionen der Reichsbehörden zugeschoben werden.“ Die Reichskartoffelstelle hat einen Schadenersatz abgelehnt, aber: „es wird wohl dabei sein Verbleiben nicht haben und zu einer gemeinsamen Aktion der Städte bei der Reichsbehörde kommen, um Ersatz für den Schaden zu erhalten, der bei vollkommen schuldlos getroffen hat.“

Von der diesjährigen Winterverförmung mit Kartoffeln heißt es, daß über 1 Pfund für den Kopf und Tag zunächst nicht hinausgegangen werden kann, weil die Lieferung des mit 1 1/2 Pfund angemeldeten Bedarfs in seiner vollen Höhe durchaus noch nicht gesichert ist und weil aus dieser Menge auch die Erfordernisse für Anstalten, Gasthäuser, Massenbeisetzungen usw. zu decken sind.

Butter- und Fettversorgung wird gesagt: Den Kommunalverbänden wird die Butter jeweils für einen Zeitraum von 4 Wochen zugewiesen. Seit Bestehen der R. V. 2. sind der Stadt zugewiesen worden: vom 16. 4. 16 bis 13. 5. 16 wöchentlich 325 Zentner, vom 14. 5. 16 bis 10. 6. 16 wöchentlich 310 Zentner, vom 11. 6. 16 bis 15. 7. 16 wöchentlich 310 Zentner, vom 16. 7. 16 bis 12. 8. 16 wöchentlich 32 Zentner, vom 13. 8. 16 bis 9. 9. 16 wöchentlich 32 Zentner.

An Margarine sind der Stadt seither überwiesen worden: im Monat Juni 1422 Zentner, im Monat Juli 1333,67 Zentner, im Monat August 1300 Zentner. Von dem Rohfett (Rinder- und Schaf-), das nach der Bundesratsverordnung vom 16. März 1916 (M. G. Bl. 165) die Weiger auf die hiesige Sammelstelle (Zollschmelze) abzuliefern haben, hat der Kreisaußschuß für Oel und Fett seither nur 70 Prozent beansprucht. Den Rest hat die Stadt an Margarine verarbeiten lassen. Insgesamt sind auf diese Weise von April 1916 bis jetzt 473 Zentner Margarine gewonnen worden. Von den Fehlern, die bei dieser Versorgung zu Tage getreten sind, scheint der Magistrat nicht zu wissen, aber er beschneidet sie geschämig.

Die Milchversorgung. Der drohende Rückgang der Milchzufuhr führte zur Verordnung des Magistrats vom 24. März 1916, welche Milchverförmungen für Säuglinge, Kinder bis zu 14 Jahren, Kranke und Greise einführt und die Milchhändler verpflichtet, die Inhaber dieser Verförmungen in erster Linie zu bedienen. Kinder bis zu 2 Jahren erhalten danach täglich ein Liter, Kinder bis zu 14 Jahren täglich 1/2 Liter, Kranke in bestimmten von der ärztlichen Kommission festgestellten Fällen bis zu 2 Liter, Leute über 70 Jahre 1/2 Liter täglich. Bei voller Anspruchnahme dieser Verförmungskarten wird schätzungsweise täglich gebraucht werden für ca. 13 000 Kinder bis 3 Jahre 13 000 Liter, ca. 90 000 Ältere Kinder 45 000 Liter, ca. 4000 Kranke 4000 Liter, ca. 2000 Greise 1500 Liter zusammen ca. 63 500 Liter, ohne Lazarett und Krankenhäuser.

Zurzeit befindet sich die ganze Milchversorgung in einem Zustand großer Unsicherheit, weil im Hinblick auf die Bekanntmachung des Bundesrats über Speisefette vom 20. Juli 1916, welche sehr tief auf die Milchversorgung eingreift, eine Bundesratsverordnung über Milch in nahe Aussicht gestellt, bis jetzt aber noch nicht erschienen ist. Erst nach ihrem Erscheinen wird feststehen, mit welcher Mindestmenge an Milch wir sicher rechnen können. Es ist beabsichtigt, eine größere Anzahl von städtischen Milchabgabestellen einzurichten, um die Karteninhaber, welche von ihren

Gämlern keine Milch mehr erhalten, direkt bedienen zu können. Somit scheint man am System der Verkörmung nichts ändern zu wollen. Auch über die beabsichtigte erneute Preisverhöhung schweigt sich der Bericht aus.

Die Deutsche Wirtschaftsgesellschaft hat sich dann noch mit der Gemüses- und Obstversorgung, mit der Beschaffung von Kolonialwaren und ähnlichen Lebensmitteln, den Massenbeisetzungen usw., und zum Schluß wird eine Uebersicht über die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle gegeben, die jetzt in den Händen von Stadtrat Dr. Hiller liegt. Ferner ist dem Bericht eine Uebersicht über die gegenwärtigen Preise der wichtigsten Lebensmittel angefügt. Wertvoller wäre diese Uebersicht noch, wenn die früheren Preise vergleichsweise gegenübergestellt wären.

Die Frankfurter Partei zur Reichskonferenz.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahmen am Montag die Frankfurter Parteigenossen Stellung zur Reichskonferenz. Genosse Heinemann hielt das einleitende Referat. Er wies auf den besonderen Charakter des von den Parteimitgliedern einberufenen Parlaments hin, das wesentlich abweichend von den sonstigen Parteitagungen, die Ursache liegt in den anormalen politischen Verhältnissen. Nicht allein die deutschen Genossen befinden sich in einer schwierigen Situation; auch für die sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder ist die Lage äußerst kritisch. Es hält schwer, sich in die durch den Krieg geschaffene Verhältnisse einzufügen. Der Meinungstreit mußte kommen; das ist an sich natürlich. Die Auseinandersetzungen an sich können noch keine Gefahr, wenn die Genossen sich treu bleiben und sich auch unter als Freunde und Brüder behandeln, wie das früher bei Meinungsverschiedenheiten der Fall war. Die Partei stand wieder zusammen, wenn die Instanzen entschieden hätten. Diesmal ist es schwieriger; Zensur und Belagerungszustand haben die Grenzen für die Austragung des Streites außerordentlich eng gestellt. Auf die Haltung der Reaktion selbst geht der Redner nicht ein, weil nach seiner Meinung neue Gesichtspunkte nicht mehr vorgebracht werden können. Der Meinungsstreit dreht sich aber nicht allein um das Für und Wider der Kriegskreditaufnahme, sondern um Charakter und Ursache des Krieges, Landesverteidigung usw. In anderen wichtigen Fragen ist die Parteieinig; in der Zensur und Volksernährung. Nach dieser Richtung hat die Mehrheit einheitlich bekämpft und gemeinsamen Vorschläge zur Abstellung gemacht. Bedauerlich bei dem Streit sind die außerordentlich häßlichen Formen, die er angenommen hat. Die Vorwürfe werden mehr aus dem Gefühl wie dem Verstande erhoben. Bodprünge werden auf beiden Seiten gemacht. Man kämpft nicht mehr Mann gegen Mann, sondern hat den Hebel an einer Stelle angelegt, die außerordentlich leicht verwundbar ist: an der Organisation. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ging und seither über alles. Wir waren stolz darauf und konnten nicht die organisatorische Zerstückelung wie die Arbeiter in den romanischen Ländern. Diese Organisation ist in Gefahr; deshalb war es von den Parteimitgliedern durchaus richtig, die Konferenz einzuberufen. Redner erörtert in seinen weiteren Ausführungen auch die Gründe, die gegen die Konferenz von der Mehrheit vorgebracht worden sind. Es gilt nicht allein zu prüfen, ob die Politik der Partei richtig ist, sondern es muß auch mit viel mehr Umrat und Mühe aufgeräumt und Zukunftssicht geleistet werden. Die Konferenz muß getragen sein von dem Geiste der Brüderlichkeit und des kameradschaftlichen Verhaltens. Was dort beschlossene wird, muß zur Richtschnur für alle Genossen dienen. Alle wollen wir hoffen und wünschen, daß das Ende des Krieges so rasch wie möglich herbeigeführt wird, damit von der europäischen Kultur noch etwas übrig bleibt. Für die Partei beginnt nach dem Kriege ein ganz neuer Abschnitt: Reichstags-, Landtags-, und Gemeinde-wahlen kommen, die innere und äußere Politik muß beeinflusst werden durch die Partei und Geschickung. Die Zeiten des Krieges müssen gerecht verteilt, für die Opfer muß gesorgt, die Wunden müssen geheilt werden. Das ganze Wirtschaftsleben muß auf andere Füße gestellt werden. Wer sich diese wichtigen Fragen vor Augen hält und ein Freund der Partei ist, muß für ihren Bestand, ihre Einheit und Geschlossenheit eintreten. Dazu soll die Konferenz beitragen, damit die Arbeiterorganisationen ihren Aufgaben im Interesse der Menschheit gerecht werden können. (Beifall.)

In der längeren, im ganzen recht schlichten Aussprache gab zunächst ein Genosse der Opposition eine Erklärung ab, die sich auf die Vorgänge in der letzten Versammlung bezog und sich gegen die Behandlung einiger Versammlungsbesucher richtete. Das im Anschluß hieran verlesene Protokoll der erwähnten Versammlung gibt eine Darstellung von den damaligen Verhältnissen, die die überaus große Mehrheit für richtig anerkennt und das Protokoll genehmigt. Es sprachen wiederholt noch drei Genossen vor: der Minister und zwei von der Mehrheit. Neue Gesichtspunkte wurden nicht vorgebracht, die nicht schon in der Presse und anderen Rundgebungen erörtert worden waren.

Zu Delegierten wurden von den Vertrauensmännern die Genossen Wittich und Weingärtner, von der Mehrheit Genosse Wittich und Weingärtner. Von 286 abstimmen Stimmen entschieden auf Wittich 183, Weingärtner 103, Müllich 102 Stimmen. Die von den Vertrauensmännern vorgeschlagenen Kandidaten sind demnach gewählt. Als Ersatzmann wurde Genosse Kall mit 215 Stimmen gewählt.

Unter geschäftlichen Mitteilungen machte Genosse Wittich auf die Friedenspetition aufmerksam. Er empfahl, fleißig Unterschriften zu sammeln. Die Listen können ohne Gefahr von Haus zu Haus zirkulieren, die Behörden machen keine Schwierigkeiten. Die Friedensunterzeichnung findet am 1. Oktober nachmittags im Olypseum statt; er ermahnt um regen Besuch der Eintrittskarten, damit die Versammlung sich zu einer mächtigen Demonstration für den Frieden gealte.

Auslösung von Weisworen. Die letzte Schwurgerichtssitzung 1916 beginnt am 16. Oktober. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Doernig führen. Als Geschworene wurden ausgewählt: Rentmeister a. D. Eugen Rinkenbach, Direktor Hermann Kaufschütz, Privatier Karl Joseph Kumbler, Anwalt Johann Jakob Schuchardt, Rentier Dr. Eduard Job, Direktor Arth. von Nohlen und Halsbach, Privatier Emil Sigismund Sulzbach, Bankier Karl Krenenberg, Direktor Emil Kempff, Vordirektor Richard Wolfsona, Decker, Milch- und Obstbesitzer Leopold Roh, Architekt und Direktor Gustav Meyer, Kaufmann Otto Wilsch, Ingenieur Dr. Emil Wilhelm Lehmann, Hauptmann Hermann von Wilsch, Ingenieur August Seberle, Hotelier Moritz Robert Kühner, Schulinspektor Johann Adam Linke, Direktor Ludwig Philipp Schiele, Bankier Adolf Rittor, Andre, Major, Generalagent Albert Josef Frech, Direktor Wilhelm Keller, Colonel Wilhelm Ries, Kaufmann Hans Goffert, Bankier Karl Vornitz, Zahnmeister a. D. Georg Ammon, Bankier August Vadenburg, Kaufmann Wilhelm Ernst Creizenach, Architekt Hermann Meeres und Verwaltungsdirektor Carl Reimann (Oberursel), Landrat Herrmann aus den oberen Schichten der Gesellschaft: Arbeiterkass und Mittelfeld scheinen bei der diesjährigen Auslösung kein Glück gehabt zu haben.

Der einseitige Schornstein. Bei dem Sturmwind am 15. Februar stürzte auf dem Grundriss des Vätermeisters Anton Droll, Adelsweiler Landstraße 58, ein 25 Meter hoher Schornstein zusammen und begrub ein kleines, einstöckiges Hinterhaus unter seinen Trümmern. Dabei erlitt eine Wählerin Frau in ihrer Wohnung so erhebliche Verletzungen, daß sie fünf Wochen krank lag. Der Schornstein hatte schon seit zehn Jahren einen Riß gezeigt; Droll war aus darauf aufmerksam gemacht worden, hatte aber keine Sicherungen vornehmen lassen, weil er sich auf den Erbauer des Schornsteins verließ, der ihm auf Verhörungen über den Riß erwidert hatte: „Das werden Sie nicht erleben, daß der Schornstein einbricht!“ Das nun doch eingetretene Unglück trug dem Vätermeister eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung ein, und das Schöffengericht verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer als Berufungsinstanz hob das Urteil auf und er-

kannte auf Freisprechung, weil der ursächliche Zusammenhang nachzuweisen sei. Nach dem Einsturz des Schornsteins hatte der Riß gezeigt, den man vorher nicht hatte sehen können. Man aber sogar wahrscheinlich war, daß dieser vorher unsichtbare den Einsturz verursacht hatte.

## Telegramme.

### Der Anfang der Enttäuschung.

Bern, 11. Sept. (B. B. Nichtamtlich.) Die Stimmung und die Befürchtungen der öffentlichen Meinung Frankreichs deutet die heutige „Victoire“ in folgenden Ausführungen an. In der französischen öffentlichen Meinung herrscht seit einigen Tagen ein gewisses Unbehagen. Auf den Jubel über rumänische Intervention ist bereits der Anfang der Enttäuschung gefolgt. Ohne übermäßig beunruhigt zu sein, so man doch zugeben, daß es den Anschein hat, daß sich die Dinge weniger günstig anfallen, als man hoffte.

### Brückeneinsturz in Kanada.

Quebec, 11. Sept. (B. B. Nichtamtlich.) Meldung Reuterschen Bureaus. Der Mittelbogen der großen Brücke über den Sorelstrom, der als Ersatz für die Jahre 1907 gebrochenen Brückenteile eingesetzt worden ist, ist zusammengebrochen. Viele Arbeiter sind in den Sturz gefallen. Man befürchtet, daß der Verlust an Menschenleben groß ist.

### Wiesbadener Theater.

#### Residenz-Theater.

Mittwoch, 13. Sept., 7 Uhr: „Das Mädchen aus der Fremde“

## Fleischverteilung.

In der Woche vom 13. bis 19. September sind Fleischarten: Abschnitte 53 und 54 zum Einkauf von 250 Fleisch oder Wurst gültig. Der Abschnitt 53 berechtigt Bezüge von 150 gr, der Abschnitt 54 zum Bezüge von 100 gr.

Der Fleischverkauf findet statt für:

|     |                        |
|-----|------------------------|
| A-D | Mittwoch, vorm. 7-10   |
| E-H | " " 10-1               |
| I-L | " " nachm. 4-6         |
| M-Q | " " 6-8                |
| R-S | Donnerstag, vorm. 7-10 |
| T-Z | " " 10-1               |
| A-Z | " " nachm. 5-7         |

Die Abschnitte 51 und 52 der Fleischkarte verfallen mit 12. September d. J.

Wiesbaden, den 11. September 1916.

### Der Magistrat.

## Margarine-Verteilung.

Gegen Fettmarkte I wird von Mittwoch den 13. September ab Margarine abgegeben. Auf jede Karte fallen 125 gr Margarine.

Der Preis ist M. 2.- für das Pfund. Die Margarine kann von dem Bezücker nur in dem Geschäft gekauft werden, auf das der Kundenschein für lautet.

Der Kundenschein und die Protokollkarte sind bei den Verkäufern vorzulegen, damit sie festgestellt können, ob Käufer in dem Laden kaufberechtigt ist.

Der Verkauf erfolgt die ganze Woche hindurch. Es genügend Vorrat für alle Kaufberechtigten vorhanden. Die Fettmarkte Villa wird für ungültig erklärt. Wiesbaden, den 12. September 1916.

### Der Magistrat.

## Eier-Verteilung.

Die Gruppe 4 der Eierkarten, enthaltend die Abschnitte 4a-c wird von Mittwoch den 13. September an Gültigkeit gesetzt.

Die Eierkarten der Gruppe 2, Abschnitte 2a-c, sowie Gruppe 3, Abschnitte 3a-c, bleiben noch einige Tage Gültigkeit.

Die Eierkarten der Gruppe 1, Abschnitte 1a-c werden für ungültig erklärt.

Wiesbaden, den 12. September 1916.

### Der Magistrat.

## Sammlung der Früchte des Weibdorns.

Im vaterländischen Interesse sollen die Früchte des Weibdorns in diesem Jahre gesammelt und unter Kontrolle der Regierung zu einem Kaffeeersatzmittel nach besonderem Verfahren verarbeitet werden. Die Regierung hat zu diesem Zweck die gemeinnützige Kriegsgesellschaft für Kaffeeersatz in Berlin W. 66, Wilhelmstraße 55, gegründet.

Die Bevölkerung, Erwachsene sowie Kinder, wird aufgefordert, die reifen Früchte des Weibdorns zu sammeln, sie in einem luftigen Raum im ausgebreiteten Zustande einige Tage zu trocknen und alsdann gegen Empfangnahme von 20 Pfennig Sammellohn für das Kilo luftgetrockneter Früchte an die von der Ortsbehörde bestimmte Stelle abzuliefern.

Der Weibdorn kommt in allen Gegenden Deutschlands vor. Er wächst wild, insbesondere in Laubwäldern, an Wegen und Dämmen. Seine runden, im reifen Zustande roten Früchte, auch Weibbeeren genannt, sind dadurch von anderen zu unterscheiden, daß sie einen sehr harten großen Kern enthalten.

Es sind nur reife Früchte zu sammeln. Die Früchte sind vor der Ablieferung von Blättern, Stielen und Ästen zu befreien.

### Kriegsgesellschaft für Kaffeeersatz.

Zeit und Ort der Entgegennahme der gesammelten Weibdornfrüchte wird einer weiteren Bekanntmachung vorbehalten. Wiesbaden, den 31. August 1916.

### Der Magistrat.